

Impuls-Statement Sibylle Pfeiffer MdB anlässlich des Fraktionskongresses „Rohstoffhandel – Brauchen wir mehr Regulierung?“ am 5. März 2012

Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender,
lieber Kollege und Mitveranstalter Klaus-Peter Flosbach,
Exzellenzen,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Gäste,

ich freue mich außerordentlich, Sie alle heute hier auch zum zweiten Teil unseres Fraktionskongresses „Rohstoffhandel – Brauchen wir mehr Regulierung?“ begrüßen zu können. Meine AG „Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ hat zusammen mit den Finanzpolitikern dazu eingeladen. (Klaus-Peter, ich glaube es war zuerst Deine Idee, diesen Kongress zusammen durchzuführen. Ich finde das dem Thema sehr angemessen.)

Wir bleiben beim Thema: Rohstoffhandel und seine Regulierung. Aber wir wechseln jetzt ein klein wenig die Blickrichtung auf den Rohstoffhandel. Anstatt die finanzpolitische stellen wir jetzt die entwicklungspolitische Sicht in den Mittelpunkt.

Die CDU/CSU-Fraktion gibt dem Thema „Rohstoffe“ eine wichtige Position in ihrem Arbeitsprogramm. Mehrere Arbeitsgruppen befassen damit: Wirtschaft, Außen, Finanzen und Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Dabei wird die große politische Brisanz des Themas schnell deutlich. Denn es treffen ganz unterschiedliche Interessen aufeinander. Wie Sie alle wissen, ist es Aufgabe der Politik, berechnete Interessen miteinander in einen Ausgleich oder Kompromiss zu bringen, mit dem alle Beteiligten gut leben können. Deshalb ist es so wichtig, dass wir unterschiedliche Perspektiven zusammenbringen – heute finanz- und entwicklungspolitische Aspekte.

Lassen Sie mich kurz skizzieren, welche Probleme aus entwicklungspolitischer Sicht mit dem Thema „Rohstoffhandel“ verbunden werden. Peter Wolff vom DIE wird dies gleich systematisch vertiefen.

Lange Jahrzehnte waren die Einnahmen von Entwicklungsländern aus dem Rohstoffhandel im Verhältnis zu den Waren und Dienstleistungen, die sie importierten, rückläufig. Man sprach von den schlechter werdenden „Terms of Trade“. Dies wurde als ein wesentlicher Grund für Unterentwicklung angesehen. Das ist heute bei der wachsenden Nachfrage und hohen Rohstoffpreisen weniger ein Thema.

In der Entwicklungspolitik haben wir das Paradox des „Rohstofffluchs“. Eine große Anzahl von Entwicklungsländern verfügt über große Rohstoffvorkommen. Aber nur relativ wenigen gelang es bisher, aus dem Handel Vorteile für die Entwicklung des Landes zu ziehen – Botswana oder Malaysia wären Beispiele. Stattdessen entfaltet der Rohstoffhandel vielfach zerstörerische Wirkung. Die Einnahmen werden extrem ungleich verteilt; eine korrupte Elite bereichert sich und exportiert Kapital. Oder die Einnahmen finanzieren bewaffnete innere Machtkämpfe. Schreckliche Phänomene wie „Blutdiamanten“ und Kindersoldaten sind Ihnen allen bekannt.

Während des kalten Krieges wirkte sich der Wettbewerb der ideologischen Blöcke Sozialisten auf der einen und marktwirtschaftliche Demokratien auf der anderen Seite - auf Entwicklungsländer schädlich aus. Ähnliche Wirkung kann heute der Wettbewerb um Rohstoffe auf die Innenpolitik von Entwicklungsländern haben. Boykottmaßnahmen gegen menschenverachtende korrupte Regierungen in Entwicklungsländern können leicht unterlaufen werden, wenn Konkurrenz um knappe Rohstoffe besteht, wie wir es an den Beispielen Sudan oder Simbabwe erlebt haben.

Insbesondere seit 2008 haben wir eine stark zugenommene Volatilität der Preise von Nahrungsmittelrohstoffen. Wohlhabende Menschen belastet dies weniger. Aber in Entwicklungsländern geben Menschen bis zu 70 % ihrer Einnahmen für Nahrungsmittel aus. Preissteigerungen führen sehr schnell zu Hunger. So genannten „Hungerrevolten“, chaotische Migrationsbewegungen und politische Instabilität können folgen. Etwa eine Milliarde Menschen sind chronisch unterversorgt mit Nahrungsmitteln, haben Hunger. Mangelernährung verhindert, dass sich Kinder gesund entwickeln können. Die Zahl der Betroffenen wollen wir bis 2015 um die Hälfte senken; das erste der acht Millenniumsziele benennt dies. Die Entwicklung der Nahrungsmittelpreise steht dem entgegen. Können wir durch intelligente Regulierung das Problem lösen?

Bei dieser Frage begegnen sich die Diskussionen von Finanz- und Entwicklungspolitikern zurzeit am stärksten. Viele Entwicklungspolitiker machen die Spekulation mit Nahrungsmittelrohstoffen an Finanzmärkten für die Zunahme des Hungers verantwortlich. Inwiefern dies zutrifft und welche Steuerungsmöglichkeiten wir haben, auch damit werden wir uns im weiteren Verlauf des Nachmittags befassen.

Auch die Entwicklungspolitiker haben mit großem Interesse die Verabschiedung des Dodd-Frank Act in der Vereinigten Staaten im Juli 2010 verfolgt. Die amerikanische Börsenaufsicht CFTC (U. S. Commodity Futures Trading Commission) hat inzwischen begonnen, das Gesetz umzusetzen und beschlossen, die Zahl der von einem Händler gehaltenen Kontrakte zu begrenzen. Man verspricht sich davon eine Beruhigung der Preisentwicklung. Weite Teile der Finanzbranche wollen sich solche Fesseln aber nicht anlegen lassen und warnen davor, dass Investitionen dann nach Übersee auf weniger streng regulierte Märkte abwandern. Inzwischen läuft eine Klage von Bankenvereinigungen gegen den Beschluss der CFTC. In der entwicklungspolitischen Community wird derartige Regulierung begrüßt.

Die Europäische Kommission hat im Februar dieses Jahres eine Mitteilung an das Parlament, den Rat, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vorgelegt und Herausforderungen und Lösungsansätze für die Rohstoffmärkte dargelegt. Auch hier werden Regulierungsmaßnahmen nahegelegt.

Mehr Transparenz ist eine Kernforderung zur Vermeidung negativer Auswirkungen des Rohstoffhandels. Die NGO Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) trifft auf große Resonanz bei der Entwicklungspolitik. Peter Eigen, ihr Gründer, kommt als ehemaliger Weltbankmitarbeiter auch aus unserem Politikfeld. Ich habe ihn eingeladen, heute auf unserem Podium zu sprechen.

Sie haben vielleicht auch verfolgt, dass das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im letzten Monat explizit die „Rohstoff-Allianz“ deutscher Unternehmer begrüßt hat. Mit der Mongolei und Kasachstan sind erste bilaterale Abkommen unter Dach und Fach. Ziel der Wirtschaft ist die weitere Versorgung mit Rohstoffen aus den Partnerländern abzusichern. Vorrangiges Ziel der Entwicklungspolitik ist die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in den Partnerländern. Dies soll nun zusammen erreicht werden, indem für die

Rohstofflieferung mehr gezahlt wird als nur Geld entsprechend dem Marktpreis wie früher. Es sollen flankierende entwicklungspolitische Maßnahmen angeboten werden, die die Entwicklung des Partnerlandes insbesondere im Rohstoffsektor voranbringen. „Win-Win“ nennt man das und in diesem Fall scheint es gut möglich zu sein.

Den verschärften globalen Wettbewerb um Rohstoffe wollen wir Entwicklungspolitiker als Chance zum Erreichen entwicklungspolitischer Ziele nutzen. Damit dies gelingt müssen wir Politiker die richtigen Entscheidungen treffen. Wir sehen uns widersprechenden Vorstellungen der Lobbygruppen gegenüber. Davon lassen wir uns nicht leiten. Wir schauen auf unseren ordnungspolitischen und moralisch-ethischen Kompass. Ein Grundsatz, den wir dabei berücksichtigen ist folgender:

Es geht in der Entwicklungspolitik nicht um kurzfristige Interessenvorteile, vielleicht nach dem Motto „schnelle Gewinne an der Börse gegenüber besseren Lebenschancen für die Armen“.

In unserer globalisierten Welt hängt auch unsere Zukunft davon ab, dass soziale Ungleichgewichte weltweit angeglichen werden und „im Süden“ sozial und wirtschaftlich akzeptable Lebensbedingungen herrschen. Wir machen Entwicklungspolitik zwar zum Nutzen der Armen auf der Welt, aber immer auch in unserem ureigenen Interesse.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsch uns einen spannenden weiteren Verlauf dieses Kongresses.